

CAROLINA MÜLLER-MÖHL

Gestalten Sie mit!

Warum Sie abstimmen sollten und weshalb ich für die Grundstufe bin

Es war im Sommer dieses Jahres, als wir im Kanton Zürich zum letzten Mal über eine Bildungsvorlage abstimmen konnten – die freie Schulwahl. Seither beschäftigt mich eine Zahl: 39,3 Prozent. Dies war nämlich die Stimmbeteiligung an besagtem Abstimmungs-sonntag. Seither frage ich mich, wie es sein kann, dass eine Bildungsabstimmung auf so wenig Interesse stößt. Ist Bildung doch die einzige Ressource unseres Landes und somit alles entscheidend, wenn es um die erfolgreiche und nachhaltige Weiterentwicklung der Schweiz geht.

Das politische Desinteresse ist teilweise verständlich. Nicht alle Abstimmungen sind für unsere Zukunft von größerer Bedeutung. Zudem sind wir als Stimmbürger manchmal auch schlicht überfordert. So stimmten wir diesen Sommer im Kanton Zürich über nicht weniger als elf, zum Teil sehr komplexe Vorlagen ab, drei eidgenössische und acht kantonale. Und trotzdem, auch wenn wir als Stimmbürger stark gefordert sind, müssen wir uns immer wieder bewusst machen, welches Privileg es ist, ein derartiges politisches Mitgestaltungsrecht zu besitzen. Als engagierte Bürgerin unserer partizipativen Zivilgesellschaft fühle ich mich daher nicht nur verpflichtet, wählen zu gehen, nein, ich freue mich jeweils auf die Abstimmungs-sonntage. Ich kann im Radio die neusten Hochrechnungen mitverfolgen, mir am Abend die Erklärungen der Sieger und Verlierer anhören und überlegen, welches Gewicht meine Stimme wohl hatte.

Am 25. November ist es das nächste Mal so weit. Wir können die Zukunft unseres Landes direkt mitgestalten, indem wir unsere Stimme abgeben. Unter anderem dürfen wir erneut über zwei Bildungsvorlagen abstimmen: die Prima-Initiative, deren Unterstützungskomitee ich angehöre, und den entsprechenden Gegenvorschlag.

Im Kanton Zürich läuft seit acht Jahren ein Experiment, das kaum jemand zur Kenntnis nimmt. Und dennoch ist es mitentscheidend für die Zukunft unseres Bildungssystems. In 27 von 171 Gemeinden wird die sogenannte Grundstufe als Schulversuch geführt. Vier- bis achtjährige Kinder lernen in der Grundstufe, welche in zwei, drei oder vier Jahren absolviert werden kann, in altersgemischten Klassen von- und miteinander. Danach erfolgt der Übergang in die zweite Primarklasse.

Am Abschied von den Jahrgangsklassen und an der Trennung zwischen Kindergarten und der ersten Schulklasse hat sich eine hochemotionale Debatte entzündet. (Im Zürcher *Tagesanzeiger* etwa stritten zwei Kindergärtnerinnen heftig darüber, ob der Kindergarten oder die neue Grundschule das bessere Schulmodell sei.)

Der gelebte Alltag der neu erprobten Grundstufe gibt hier allerdings eine deutliche Antwort: Diejenigen, die die Grundstufe im Alltag erprobt haben, wollen sie nicht mehr missen. Und das mit gutem Grund. Denn wem leuchtet nicht ein, dass ein sechsjähriger Kindergärtner, der den gleichen Entwicklungsstand hat wie sein siebenjähriger Freund, in die dieselbe Klasse gehört, um so von- und miteinander zu lernen?

Im Grundstufenmodell entscheiden die individuelle Reife und Entwicklung eines Kindes darüber, was und wie es lernt, und nicht sein Alter. Und das ist gut so. Die Einführung ins Lesen und Schreiben orientiert sich flexibel an den Bedürfnissen und individuellen Fähigkeiten der Kinder. Das neue Schulmodell funktioniert. Einschulungsklassen fallen weg, alle Kinder erhalten die gleichen Startchancen. Die Eltern wie auch die Lehrpersonen schätzen das Modell für sich und ihren Berufsalltag.

Da ist es nicht verwunderlich, dass alle Gemeinden, die das Grundstufenmodell getestet haben, nicht mehr zum alten System mit der Trennung von Kindergarten und erster Schulklasse zurückwollen.

Bildung ist der Schlüssel für die Stabilität, Innovationsfähigkeit und den Wohlstand in unserem Land. Unzweifelhaft haben unsere Volksschulen im Vergleich mit anderen Ländern ein hohes Niveau. Dennoch müssen wir sie weiter verbessern. Wir müssen uns über Tagesstrukturen und die kantonale Harmonisierung der Schulsysteme Gedanken machen. Wir müssen eine konstruktive, auf Fakten basierende Bildungsdebatte führen, die sich an den komplexen Herausforderungen einer sich verändernden Gesellschaft orientiert. Ein Anfang ist mit der Grundstufe gemacht, und deshalb wünsche ich mir für den kommenden Abstimmungs-sonntag vom 25. November Folgendes: zweimal JA zur Grundstufe und eine Stimmbeteiligung von über 50 Prozent.



Carolina Müller-Möhl arbeitet als Unternehmerin



Sie opfern die Alpen

In Österreich sei alles besser, schwärmen Schweizer Touristen. Aber unser Nachbarland bezahlt einen hohen Preis für seinen Erfolg VON FLORIAN GASSER

An der Grenze zwischen Graubünden und Tirol steht der Piz Val Gronda. Ein 2800 Meter hoher Berg, dessen Hänge bis in die Schweiz ragen, unweit von Ischgl, dem Winterparty-Ort, wo Paris Hilton Prosecco aus Dosen bewirbt und Anfang Dezember die deutsche Band Scorpions die Skisaison einläuten wird. Es ist ein Wunder, dass der Piz Val Gronda bis heute unberührt geblieben ist. Der Berg ist Rückzugsgebiet für Steinadler, Bartgeier und das Alpenschneehuhn. Manche Polsterpflanzen, die hier aus dem Boden ragen, sind mehrere Jahrhunderte alt.

Doch der Unberührtheit wird ein Ende gesetzt: Schon nächstes Jahr soll ein neuer Lift Tausende Skihasser und »Après-Schigolos« auf dem Gipfel absetzen. Der Piz Val Gronda ist das nächste Opfer des österreichischen Tourismuswunders.

Um vierzig Prozent stieg der weltweite Reiseverkehr im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Die Alpenländer, mit einem Anteil von 3,5 Prozent am weltweiten Tourismus, können bei diesen Wachstumsraten nicht mehr mithalten. Umso erbitterter und rücksichtsloser wird der Kampf um die Gäste ausgetragen. Gerade in Österreich, dem Vorbild vieler Schweizer Touristiker. Das Bruttoinlandsprodukt der Alpenrepublik ist zu fast 15 Prozent vom Tourismus abhängig, und im Schnitt wurden seit 2000 jährlich 600 Millionen Franken in den Ausbau der Seilbahn-Infrastruktur investiert.

Dürfen Würmer, Spinnen und andere Kriechtiere Großprojekte verhindern?

Österreich hat seine Konkurrenz längst abgehängt, auch jene in der Schweiz, wie eine Studie der Ökonomen vom BAK Basel zeigt. Regelmäßig untersuchen sie die Performance der wichtigsten Alpendestinationen: Einzig Zermatt kann mit den Skigebieten in Österreich mithalten. »Die Dominanz der Österreicher ist erdrückend«, ächzt das Lokalblatt *Walliser Bote*.

Tatsächlich ist der Tourismus in Österreich einzigartig. 126 Millionen Nächtigungen verzeichnet die Statistik. Das Bundesland Tirol liegt mit fast 43 Millionen einsam an der Spitze. Davon entfallen allein über 27 Millionen auf die

Hotellerie – das sind nur acht Millionen Übernachtungen weniger als in allen Schweizer Hotels zusammen.

Während die Gletscher schmelzen und der Klimawandel die Erde erwärmt, wird in den österreichischen Skigebieten weitergebaut: immer höher, weiter und größer. Wer dabei nicht mithalten möchte und auf nachhaltigen Tourismus setzt, hat es meist schwer. Die Natur wird dem Tourismus untertan gemacht.

Tirol hat sich mit Haut und Haaren dem Fremdenverkehr verschrieben. Laut einer Statistik der Wirtschaftskammer wird jeder dritte Euro im Bundesland direkt oder indirekt im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft verdient – insgesamt 10,8 Milliarden Franken. Über 900 Lifte und Seilbahnen sind in Betrieb, und 2400 Kilometer Skipiste wurden in die Berge planiert; zwei Drittel davon können künstlich beschneit werden; in der Schweiz sind es keine vierzig Prozent. Für die Unterkünfte werden ganze Bergdörfer errichtet, etwa an den Hängen des Großglockners, des höchsten Berges des Landes, wo derzeit ein ganzes Chalet-Resort mit einem 40 Meter hohen Sautenturm entsteht. Was den Interessen der Wirtschaft entgegensteht, wird dem Erdboden gleichgemacht. »Es kann nicht sein, dass Würmer, Spinnen und andere Kriechtiere Großprojekte verhindern können«, sagte Patrizia Zoller-Frischaut, die für die ÖVP in der Tiroler Landesregierung sitzt.

Aus armen und strukturschwachen Dörfern wie Sölden, St. Anton oder Lech am Arlberg wurden durch den Tourismusboom nach dem Zweiten Weltkrieg reiche Ortschaften – und aus Bergbauern wohlhabende und mächtige Hoteliers und Seilbahnbetreiber. Der Tourismus steckt tief in der DNA des kleinen Landes, der Übergang zu den Schaltstellen der Politik ist fließend. So sitzt der oberste Vertreter der Seilbahnwirtschaft für die ÖVP im Wiener Nationalrat, und vor wenigen Monaten wurde bekannt, dass ein Zillertaler Tourismusunternehmer eine Wohnung zum Freundschaftspreis an den Tiroler Finanzlandesrat vermietete, der auch für die Seilbahnwirtschaft zuständig war. Immerhin: Der Herr musste wegen dieser Affäre zurücktreten.

Doch das sind Randnotizen, an der Machtverteilung im Tourismusland Österreich ändern sie nichts. Das kriegt vor Augen geführt, wer den Landesumweltanwalt in Innsbruck besucht. Seit zwei Jahren amtiert Johannes Kostenzer in seinem Büro in einer Seitenstraße des Stadtzentrums über einem Optikergeschäft. Acht Leute arbeiten hier – drei davon sind Praktikanten. Nur wenige Meter entfernt sitzt die landeseigene Tirol Werbung mit achtzig Mitarbeitern und einem Budget von über 20 Millionen Euro. Doch Kostenzer sieht sich nicht als Feigenblatt, auch wenn er gegenüber der Regierung weisungsgebunden ist und seine Rechte eingeschränkt sind. Mahnend tritt er immer wieder in der Öffentlichkeit auf, als Gewissen der Natur. Ein Blockierer sei er aber nicht, sagt Kostenzer. Er weiß, dass das Land wirtschaftlich vom Tourismus abhängig ist. Der Piz Val Gronda in Ischgl sei dennoch ein trauriges Kapitel: »Etwas, das besonders ist, wird geopfert für das pekuniäre Wohl einer weniger.« Über 238 Kilometer Pisten kann in Ischgl derzeit gebettet werden. Am Piz Val Gronda kommen nun 1,3 Kilometer hinzu – eine Erweiterung des touristischen Angebots um ein halbes Prozent.

Schon als in den 1960er Jahren die ersten gewaltigen Seilbahnstützen in den Boden gerammt wurden, war es ein Ziel, den Piz Val Gronda zu erschließen, wie Altbürgermeister Erwin Aloys in den Erinnerungen über sein »Milliardendorf« schreibt. Die Regierungen kamen und gingen, doch das Anliegen blieb. Verbissen wurde an dem Bestreben festgehalten, obwohl sich fast alle Gutachten dagegen aussprachen. Das Gebiet gehört »zu den an Pflanzenarten reichsten Gebieten der österreichischen Alpen« mit biologisch »äußerst wertvollen Lebensräumen« und »unwiederbringlichen Naturgütern«, schreibt etwa das Department für Biogeographie der Universität Wien.

In Ischgl, wo auf jeden der rund 1600 Einwohner 863 Gästenächtigungen kommen – so viele, wie nirgendwo sonst in Österreich –, interessieren solche Expertenmeinungen niemanden. »Dass Pflanzen, die niemand kennt, wichtiger als die Menschen sind, verstehe ich nicht«, entfuhr es Alfons Parth, dem örtlichen Tourismusverbandschef, einmal gegenüber dem ÖRF. Am Ende entschied der Tiroler Umweltschutzrat über das Schicksal des Berges, er setzte sich über alle Bedenken hinweg und genehmigte den Bau. Das öffentliche Interesse an der Erschließung sei höher zu gewichten als die ökologischen Einwände.

Für die Grünen ist das eine Katastrophe. Der Landtagsabgeordnete Gebi Mair kann es noch immer nicht fassen, wie es zu der Entscheidung kam. Gemeinsam mit Parteifreunden und Naturschützern stieg er Mitte Oktober auf den Berg, um dort ein Wochenende zu verbringen

und auf die künftigen Zerstörungen aufmerksam zu machen. Einheimische empfingen sie und erklärten, man brauche hier keine »Einnischung von Studenten und Professoren«.

»Wie viel Ischgl verträgt Tirol?«, fragte Mair kürzlich die Landesregierung, die eine Antwort schuldig blieb. »Die verstehen einfach nicht, dass man außer mit Skifahren auch noch anders Geld verdienen kann«, sagt er. Seine Forderung lautet: Orte wie Ischgl sollen zu Industriegebieten erklärt werden, wo alles zugelassen wird. »Das übrige Land wird dafür in Ruhe gelassen, und die Skigebiete werden auch zurückgebaut.«

Doch wieso sollen die Tiroler umdenken, wenn der Rubel noch immer rollt? Eine Rekord-saison stehe bevor, heißt es. Die günstigen Ferientermine stimmen optimistisch. »Immer mehr«, lautet das Motto: das höchstgelegene Kaffeehaus, die längste Seilbahn, die größte Parkgarage – nur mit Superlativen, so die Überzeugung, lassen sich Gäste anlocken. »Alle haben den Eindruck, es geht immer noch etwas mehr«, sagt Johannes Kostenzer. Der hochalpine Raum komme dadurch immer mehr in Bedrängnis.

Die Schweiz wappnet sich gegen die österreichischen Variantenfahrer

Und das österreichische Tourismuswunder gefährdet auch immer häufiger die Natur in den Nachbarländern. Vom nächsten Jahr an wird der Piz Val Gronda von Ischgl als »außergewöhnliches Freeride Skigebiet« beworben. Damit wird zur Makulatur, dass die Pisten ökologisch verträglich in die Hänge gelegt werden sollen. In der Schweiz wappnet man sich schon heute gegen die österreichischen Tiefschneefahrer. Die Winter-einstandsgebiete von Steinwild und Gämse sollen von Variantenfahrern nicht gestört werden, heißt es aus dem Bündner Amt für Jagd und Fischerei. Wenige Störungen würden genügen, um das Wild aus diesen offenen Hochgebirgslandschaften zu vertreiben. Man werde daher nicht umhinkommen, einige Hänge mit einer Wildruhezone, die im Winter nicht betreten werden darf, zu schützen.

Wieso aber duldet man in Tirol fast ohne Widerspruch, was auf der anderen Seite der Grenze, in der Schweiz, heftige Debatten auslösen würde?

Naturschutz müsse ein gesellschaftlicher Konsens sein, kein Dogma, sagt Umweltschutz Johannes Kostenzer. »Ich bin mir nicht sicher, wie viele Leute hier das alles wirklich stört.«

Florian Gasser arbeitet im Österreich-Büro der ZEIT. Er lebt in Innsbruck und Wien



Fiesta! Fiesta!
Im österreichischen Skimekka Ischgl tanzen die Puppen, bis das letzte Bier gekippt ist

